

# Versöhnliche Gesten

Vajpayee und Musharraf reichen sich in Nepal die Hand

KATHMANDU: Mit versöhnlichen Gesten haben sich die Regierungschefs von Indien und Pakistan beim Südasien-Gipfel in Nepal verabschiedet. Der indische Ministerpräsident Atal Bihari Vajpayee und der pakistanische Militärmachthaber Pervez Musharraf kamen am Wochenende auch zu einem kurzen informellen Treffen zusammen. Zu einem Gespräch über den Kaschmir-Konflikt kam es jedoch nicht. Vajpayee forderte erneut ein schärferes Vorgehen Islamabad gegen Extremistengruppen. Pakistan meldete weitere Festnahmen.



Mit versöhnlichen Gesten haben sich die Regierungschefs von Indien und Pakistan beim Südasien-Gipfel verabschiedet.

Für neue Spannungen könnte jedoch der angebliche Abschuss eines unbemannten pakistanischen Spionageflugzeuges sorgen. Die indische Armee schoss die so genannte Drohne eigenen Angaben zufolge im Staat Jammu-Kaschmir ab, nachdem sie fast vier Kilometer in den indischen Luftraum eingedrungen war. Augenzeugen berichteten von Panik unter den Bewohnern, die das Flugobjekt für eine feindliche Rakete hielten. Aus pakistanischen Militärkreisen wurde der Abschuss dementiert.

«Es gab keine Gespräche über eine mögliche Entspannung», erklärte Vajpayee nach Abschluss des Gipfels am Sonntag. Bei dem Gespräch mit Musharraf habe es sich um ein Höflichkeitstreffen gehandelt. Musharraf bekräftigte seine Bereitschaft zum Dialog und rief zu einem Ende des «gefährlichen Truppenaufmarsches» an der Grenze auf. Musharraf war bereits zu Beginn des Gipfels am Samstag demonstrativ mit ausgestreckter Hand auf Vajpayee zugegangen. «Ich reiche Ministerpräsident Vajpayee eine Hand der ehrenwerten und aufrichtigen Freundschaft», sagte er. Vajpayee erwi-

derte den Händedruck zurückhaltend, ignorierte den pakistanischen Regierungschef dann aber. Am Sonntag reichte er Musharraf lächelnd die Hand. Pakistan müsse allerdings Taten vorweisen und terroristische Aktivitäten unterbinden, erklärte Vajpayee. Indien macht Pakistan für den Anschlag auf sein Parlament Mitte Dezember verantwortlich.

In der Nacht zum Sonntag nahmen pakistanische Sicherheitskräfte laut eigenen Angaben 42 weitere mutmassliche Moslemextremisten fest, hauptsächlich Mitglieder der Organisation Jaish-e-Mohammed, der Indien

eine Beteiligung an dem Anschlag vorwirft. Bei einem Schusswechsel mit Polizisten seien ausserdem drei Männer getötet worden, die im Verdacht standen, an einer Terrorausbildung in Indien teilgenommen zu haben.

Der britische Premierminister Tony Blair forderte Pakistan am Sonntag auf, alle Formen des Terrorismus ausdrücklich zu verurteilen, um so den Weg zu Verhandlungen zu ebnen. Allerdings begrüßte er die Festnahmen von Extremisten in Pakistan. Für (den morgigen) Montag hatte Blair, der sich noch in Indien aufhielt, ein Treffen mit Musharraf in Pakistan geplant.

An der Grenze in Kaschmir kam es am Wochenende wieder zu Gefechten. Dabei wurden nach Angaben von Streitkräften und Augenzeugen mehrere Zivilisten getötet. Bei einem Explosionsunglück im indischen Teil Kaschmirs wurden am Samstag mindestens 22 Menschen getötet und 15 weitere verletzt. Bei den Opfern handelt es sich vorwiegend um Soldaten. Nach offiziellen Angaben entluden die Soldaten im Dorf Mahwa an der Grenze zu Pakistan einen Lastwagen mit Sprengstoff und Minen, von denen eine detonierte und eine grosse Explosion auslöste.

## NACHRICHTEN

### Sechs ETA-Anhänger im spanischen Baskenland gefasst

SAN SEBASTIAN: Die baskische Polizei hat sechs mutmassliche Anhänger der Untergrundorganisation ETA festgenommen und damit einen Brandanschlag auf eine Bank in Irun an der Grenze zu Frankreich vereitelt. Die rund 20 verumteten Jugendlichen wurden von den Beamten in der Nacht zum Sonntag überrascht, als sie im Begriff waren, die Filiale mit Molotow-Cocktails anzugreifen, wie das baskische Innenministerium mitteilte. Sechs der Randalierer konnten festgenommen werden, den übrigen gelang die Flucht. Die Polizisten stellten mehrere Brandsätze und Benzinkanister sicher.

### Afghanistan Taliban-Botschafter Saif in der Gewalt der US-Streitkräfte

KANDAHAR: Die USA haben den früheren Taliban-Botschafter Mullah Abdul Salam Saif in Afghanistan festgenommen. Auf der Suche nach Bin Laden griff die US-Luftwaffe am Sonntag wieder mutmassliche Rückzugsgebiete seiner Kämpfer an. Saif war am Samstag von Pakistan abgeschoben und von US-Streitkräften in Gewahrsam genommen worden. Die USA erhoffen sich von ihm Hinweise auf den Verbleib des Taliban-Chefs Mullah Mohammad Omar und des mutmasslichen Terroristenführers Osama bin Laden. Zu Beginn der US-Angriffe gegen die mittlerweile gestürzten Taliban in Afghanistan hatte Saif täglich Pressekonferenzen in Islamabad abgehalten und war damit auf grosses Medieninteresse gestossen. Pakistan hatte die Botschaft der Taliban Mitte November geschlossen und Saif nur für eine Übergangszeit im Land geduldet.

### Argentinische Abgeordnete genehmigen Duhalde-Plan

BUENOS AIRES: Das argentinische Abgeordnetenhaus steht hinter dem Notstandsprogramm von Präsident Eduardo Duhalde. Die Volkskammer stimmte in der Nacht zum Sonntag im Grundsatz für die Vorlage und nahm anschliessend die Detailberatung auf. Der Senat wird als Zweitrat am Sonntag 13.30 Uhr MEZ die Beratungen aufnehmen. Duhalde will die Wirtschafts- und Finanzpolitik reformieren und die Bindung der Landeswährung an den US-Dollar weitgehend aufheben. Bisher ist der Peso nach einem Gesetz aus dem Jahr 1991 im Verhältnis eins zu eins unverrückbar an den US-Dollar gebunden. Er gilt längst als völlig überbewertet. Der zu hohe Wechselkurs hat in den vergangenen Jahren die Rezession in dem südamerikanischen Land noch verschärft.

Der Gesetzesentwurf sieht zudem die Umwandlung von Konsumentenkrediten und Kreditkartenschulden bis zur Höhe von 100 000 Dollar von Dollar in Peso und die Umstellung von Telefon-, Gas- und Stromrechnungen und anderen Dienstleistungen von der US- in die Landeswährung vor.

### Palästinenser setzen mutmassliche Extremisten fest

JERUSALEM: Vor neuen Sicherheitsgesprächen mit Israel hat die palästinensische Polizei am Wochenende sechs mutmassliche Dschihad-Mitglieder festgenommen. Darunter sei auch Ali Saffouri, einer der von Israel meistgesuchten Männern, erklärte ein Sprecher. Die Autonomiebehörde demonstrierte damit ihren guten Willen. Die Wiederaufnahme der Gespräche am Sonntag unter Vermittlung des US-Gesandten Anthony Zinni wurde jedoch weiter von dem Waffenfund auf einem Schiff im Roten Meer überschattet.

## Machtkampf zwischen Merkel und Stoiber um Kanzlerkandidatur



BERLIN/MÜNCHEN: In der CDU/CSU-Union ist am Wochenende ein offener Machtkampf zwischen der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel und CSU-Chef Edmund Stoiber entbrannt. Beide erklärten öffentlich ihre Bereitschaft zur Kanzlerkandidatur.

Merkel verwies auf den historischen und damit «gleichsam selbstverständlichen Anspruch» des jeweiligen CDU-Vorsitzenden, die Union in die Wahl zu führen. Der «Welt am Sonntag» sagte sie: «Ich bin bereit zu einer Kanzlerkandidatur.» Stoiber reagierte umgehend auf die Ankündigung Merkels und erklärte ebenfalls öffentlich seine Bereitschaft zur Kandidatur. «Wenn es von beiden Partnern gewünscht wird, bin ich bereit, mich in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen zu lassen», sagte er der Tageszeitung «Die Welt». Zum Vorstoss

Merkels sagte Stoiber, er werde konsequent an seiner Linie festhalten: Die optimale Aufstellung für die Bundestagswahl solle in diesem Jahr im persönlichen Gespräch mit der CDU-Vorsitzenden geklärt werden.

Das werde nach den Klausurtagungen von CDU und CSU der Fall sein, die in dieser Woche stattfinden. Der CSU-Vorsitzende forderte erneut, dass die Fraktion entscheiden müsse, falls er und Merkel sich nicht einigen sollten. Die Bundestagsfraktion sei schliesslich das gemeinsame Gremium der beiden Schwesterparteien.

Angela Merkel wies eine Beteiligung der Fraktion umgehend zurück. «Die Parteivorsitzenden einigen sich und machen einen Vorschlag.» Sie gehe davon aus, dass es nach dem Gespräch zwischen Edmund Stoiber und mir einen gemeinsamen Vorschlag für unseren Kanzlerkandidaten geben werde.

## Berlusconi unter Druck

Aussenminister Ruggiero in Rom tritt zurück

ROM: Nach einem heftigen Streit innerhalb der italienischen Regierung über die Einführung des Euro ist Aussenminister Renato Ruggiero am Samstagabend zurückgetreten. Nun steht Ministerpräsident Silvio Berlusconi unter Druck.

Ruggiero galt als strikter Verfechter des Euro. Er hatte den Konflikt ausgelöst, indem er einige «Euro-Skeptiker» im Kabinett kritisierte. Der 71-jährige hatte dabei besonders Reformminister Umberto Bossi im Auge, der zugleich die populistische Lega Nord anführt.

Der Konflikt in Rom spitzte sich Ende vergangener Woche zu, als Berlusconi seinen Aussenminister wegen seiner Kritik an Bossi und anderen Ministern öffentlich zurückpiffte. In einem Interview sagte Berlusconi, er allein bestimme die Aussenpolitik. Der parteilose Ruggiero sei lediglich ein Technokrat, dem die Aufgabe zukomme, politische Vorgaben auszuführen.

Beobachter in Rom meinen überwiegend, es sei bei dem Streit weniger um das Sachthema Euro gegangen. Ruggiero und Berlusconi stehen beide hinter der Einführung des Euro. Das staatliche Fernsehen sprach von einem «persönlichen Kräftemessen» der beiden Kontrahenten.

Berlusconi wurde noch am Sonntagabend von Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi als Interims-Aussenminister vereidigt. Es verlautete, es gebe keine Eile bei der Suche eines neuen Ministers. Möglicherweise werde Berlusconi das Amt längere Zeit führen. Die Europa-Politik werde nicht geändert. Ruggiero war seit Juni Aus-

senminister in der Mitte-Rechts-Regierung Berlusconi. Er galt als Minister, der Berlusconi's Regierung nach dem Wahlsieg im Mai zu grösserer internationaler Glaubwürdigkeit verholfen hat. Der Rücktritt Ruggieros setzt Berlusconi innen- und aussenpolitisch unter Druck. Der einflussreiche Fiat-Ehrenpräsident Gianni Agnelli sprach von einem «schlechten Tag für Italien», der dem Land und der Regierung schade.



Italiens Aussenminister Renato Ruggiero ist am Samstagabend zurückgetreten.